



Unter dem Motto „**Volles Programm Niederösterreich: Ideen für den Bezirk, Themen für das Land**“ lud Niederösterreichs Landesparteiobfrau Johanna Mikl-Leitner die ranghöchsten VP-Gemeindefunktionäre zu einem intensiven Arbeitsgespräch ein.

Ziel dieses Arbeitsgespräches – dem noch viele folgen werden – war es, die Anliegen aus den Gemeinden und dem Bezirk Gänserndorf zu „sammeln“, um dann mit Unterstützung vom Land Niederösterreich eine Änderung zum Positiven herbeizuführen.

Parteiobmann Ing. Herbert Bartosch hat bei diesem Gespräch die Sorgen und Wünsche der Menschen in Hohenau ausführlich dargelegt.

Unter anderem hat er auf Probleme in den Bereichen Schule, öffentlicher Verkehr und Straßenbau hingewiesen. Die aktuelle Problematik im Gesundheitsbereich wurde besonders eingehend besprochen.

In den Arbeitsgruppen haben sich einige Themen, die für den Bezirk Gänserndorf besonders wichtig sind, herauskristallisiert.

Verkehr

- Der Bau der Marchfeldschnellstrasse S8 soll schnellstmöglich realisiert werden.

Ein gutes Team für Gemeinde, Bezirk und Land.

Unsere Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner setzt auf Teamarbeit, Arbeitsgruppen und Gespräche mit Gemeindevertretern.

- Zwischen Hainburg und Wien soll eine weitere Brücke über die Donau gebaut werden.
- Zwischen Drasenhofen und Bratislava soll eine weitere Brücke über die March gebaut werden, die ohne Einschränkungen wie z.B. Nachtfahrverbot oder Gewichtsbegrenzung befahrbar ist.
- Der öffentliche Verkehr sollte ausgebaut werden, was vor allem im Zusammenhang mit Bildung und Ausbildung steht, denn: Jugendliche ohne Führerschein haben es manchmal sehr schwer zur Arbeitsstätte, in die Berufsschule oder zur Höheren Schule zu gelangen.

Bildung

- Das duale Schulsystem soll erhalten bleiben, sprich: Lehrlinge sollen weiterhin eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz erhalten und parallel dazu auch eine Schule besuchen (Berufsschule).
- Die Sonderschulen sollen erhalten bleiben. Denn: wenn ein Kind spezielle Unterstützung benötigt, soll es diese auch im Schulbereich erhalten.
- Die Errichtung einer FH, HTL oder berufsbildenden höheren Fachschule im Bezirk Gänserndorf wird von vielen gefordert. Es muss möglich sein, dass sich Jugendliche im Umkreis ihres Wohn-

Ideen für den Bezirk. Themen für das Land.

ortes höhere Bildung aneignen können, ohne täglich bis zu 4 Stunden pendeln zu müssen. Eine Unterbringung in einem Internat ist für viele Eltern zu teuer. Und so ist Bildung nur dann für alle leistbar, wenn sich höhere Schulen in der Nähe des Wohnortes befinden.

Internet

- Alle Haushalte und Betriebe sollen so schnell wie möglich an das Glasfasernetz angebunden werden. Darüber hinaus soll die 5G Breitbandversorgung ausgebaut werden.

Johanna Mikl-Leitner möchte Niederösterreich zum schnellsten Bundesland machen und hat den „Masterplan Digitalisierung für Niederösterreich“ ins Leben gerufen. Dieses Vorhaben soll unter anderem für Unternehmen die Ansiedlung in NÖ attraktiver machen und auf diesem Weg neue Arbeitsplätze schaffen.

Gesundheit & Pflege

- Für den Bezirk Gänserndorf wird die Errichtung eines Spitals gefordert.
- Ein wichtiger Bereich ist die Pflege unserer älteren Mitmenschen. Da unsere Lebenserwartung kontinuierlich steigt, wird auch der Bedarf an Pflege für unsere älteren Mitmenschen weiter ansteigen. Im NÖ Altersalmanach – einer Studie in Zusammenarbeit mit der Universität Wien - wurde unter anderem die aktuelle Pflegesituation erhoben:

66 % werden in der Familie gepflegt
18 % haben Hilfe durch mobile Dienste
10 % sind in stationärer Pflege
6 % haben eine 24-Stunden Betreuung

Wenn Angehörige sich entscheiden, die Pflege zuhause zu übernehmen, dann ist das natürlich wunderbar. Aber das ist

nicht für jeden möglich und oft auch nicht zu schaffen.

Um den Wünschen der älteren Angehörigen nachzukommen, die so lange wie möglich im eigenen Zuhause leben möchten, hat man die Wahl zwischen einer mobilen Pflege und einer 24-Stunden Pflege. Meist ist die mobile Pflege ausreichend, aber im Vergleich zu anderen Pflegemöglichkeiten ist die mobile Pflege zu teuer. Hier wird nach einer Möglichkeit zur Senkung der Kosten gesucht, damit diese auch leistbar ist.

Bei stark pflegebedürftigen Menschen ist zumeist eine Unterbringung in einem Pflegeheim notwendig.

Aktuell gibt es im Bezirk Gänserndorf 367 Pflegeplätze, verteilt auf 3 Pflegeheime in Zistersdorf, Gänserndorf und Orth. Diese Anzahl ist jetzt schon unzureichend.

Früher konnte der Staat auf das Vermögen der Pflegenden sowie deren Angehörigen zurückgreifen. In Niederösterreich wurde dies im Jahr 2008 auf das Vermögen der Person eingeschränkt, die im Pflegeheim untergebracht ist.

Mit Anfang 2018 wird der Pflegeregress komplett abgeschafft. Das heisst: der Staat kann nicht mehr auf das Privatvermögen zugreifen, wenn ein Mensch im Pflegeheim untergebracht wird. Nur noch das laufende Einkommen wird für die Kostendeckung herangezogen.

Experten befürchten nun, dass, wenn die Pflege daheim kein Geld spart, erheblich mehr zu pflegende Menschen für Pflegeheime angemeldet werden. Die Kosten und das mangelnde Platzangebot könnten dabei noch ungelöste Probleme verursachen. Auch wird die Finanzierung von Pflegeheimen und zusätzlichen Pflegeplätzen schwieriger werden.

Das Thema Nummer 1: Die ärztliche (Unter-)Versorgung.

Zu wenige Ärzte.

Die ärztliche Versorgung – durch Allgemeinmediziner und speziell durch Fachärzte – liegt im Bezirk Gänserndorf weit hinter dem Bedarf. Viele Patienten müssen vor allem zur fachärztlichen Betreuung z.B. nach Wien ausweichen, was eine zusätzliche Belastung für diese kranken Menschen bedeutet.

Auch ist in unserem Bezirk in einigen Fachbereichen entweder kein Arzt vorhanden oder nur ein Wahlarzt, der keinen Vertrag mit den gängigen Krankenkassen hat.

Zu wenig Zeit.

Ing. Herbert Bartosch hat mit verschiedenen Fachärzten intensive Gespräche geführt. Es hat sich gezeigt, dass im Bereich der niedergelassenen Ärzte mit Kassenvertrag eine gute und umfassende Versorgung der Patienten nur schwer möglich ist, da aufgrund der geringen Vergütung durch die Krankenkassen und durch Ärztemangel meist nur eine „3-Minuten-Medizin“ möglich ist.

Wenn einerseits zu wenige Ärzte vorhanden sind, und sich eine Kassenpraxis nur dann rentiert, wenn man innerhalb von 5 Stunden bis zu 80 Patientengespräche führen muss, dann haben wir ein Problem.

Zu wenig Geld.

Ein Beispiel: für eine Visite zuhause (Hausbesuch), werktags während des Tages, bekommt ein „Praktischer Arzt“ von der NÖGKK € 35,23. Dazu kommt noch ein ausführliches Gespräch (10-15 Minuten), für das er € 12,11 bekommt und eventuell eine Spritze mit € 2,91. Das sind dann insgesamt € 50,25.

Nun denn: wenn Ihre Gasheizung nicht funktioniert, und Sie rufen einen Installateur, dann ist mit diesen 50 Euro meist nicht einmal die Wegzeit bezahlt.

Sprich: der Installateur kommt und fährt wieder. Die Heizung sieht er sich gar nicht an. Dafür reichen die 50 Euro nicht.

Möchte man ein ausführliches Patienten-Arzt-Gespräch, dann ist es zumeist unumgänglich, einen Wahlarzt zu konsultieren. Hier muss man für einen Termin meist zwischen 120 und 200 Euro bezahlen. Man bekommt zwar einen Teil von der Krankenkasse zurückerstattet, dieser Teil ist aber eher gering.

Ärzte ausgewählter Fachgebiete im Bezirk Gänserndorf:

	Kassenarzt	Wahlarzt
Augenarzt	3	1
Hautarzt	1	2
Internist	3	12
Gynäkologe	3	6
Urologe	1	2
Orthopäde	1	3
Neurochirurg	0	1
Kinderarzt	4	2

Quelle: Ärztekammer für Niederösterreich

Frauen wird 2x pro Jahr eine gynäkologische Untersuchung empfohlen. Bei rund 40.000 Frauen ab 20 Jahren im Bezirk Gänserndorf sieht das so aus: 80.000 Arzt-Termine im Jahr aufgeteilt auf 50 Wochen und 3 Kassenärzte wären dann pro Arzt 533 Termine pro Woche.

Auf 9 Gynäkologen aufgeteilt sind es noch immer 177 Termine pro Woche, bei 5 Arbeitstagen also 35 Termine pro Tag.

Wie – bitteschön – soll hier Gesundheitsvorsorge möglich sein, wenn nicht einmal ausreichend Arzttermine „zur Verfügung stehen“? Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch bei anderen Fachärzten ab.

Pestizidfreie Gemeinde.

Bis 2020 sollen alle 573 Gemeinden in Niederösterreich pestizidfrei sein.



Alles begann im Jahr 1996 mit einer „Naturgartenaktion“. Der Durchbruch zur landesweiten Aktion gelang im Jahr 1999 mithilfe des damaligen Umweltlandesrates Mag. Wolfgang Sobotka. Durch sein Engagement entstand die Initiative des Landes Niederösterreich: „Natur im Garten“.

Mehr als 14.900 Gärten werden alleine in Niederösterreich nach den „Natur im Garten“-Kriterien gepflegt. Diese Aktion soll aber nicht nur private Personen zu Naturgärtnern/-innen „machen“, sondern auch im Kommunalbereich ein- und umgesetzt werden. Bereits jetzt verzichten schon 229 Gemeinden in Niederösterreich bei der Pflege ihrer Grünräume und Parks auf Pestizide.

Und so hat sich die Aktion „Natur im Garten“ mit Landesrat Karl Wilfing und dem Niederösterreichischen Gemeindebund das Ziel gesetzt, dass bis 2020 alle 573 Gemeinden in NÖ pestizidfrei sein sollen.

Landesrat Karl Wilfing gratuliert den Kommunen für ihr Engagement und ihre Vorbildwirkung gegenüber der Bevölkerung und meint weiters: „Gerade als Vater dreier Töchter bin ich beruhigt, wenn meine Enkel beim Spielen auf öffentlichen Spielplätzen oder in Parks nicht mit Gift in Kontakt kommen.“

Aktuelle Studien zeigen, **dass sich 85% der Menschen in Niederösterreich einen ökologisch gepflegten öffentlichen Grünraum wünschen.**

Weder im Gemeinderat noch in den entsprechenden Ausschüssen der Gemeinde Hohenau an der March ist bis heute dieses Thema angesprochen worden. Nun ist es wirklich an der Zeit zu handeln.

Wenn wir in unserer Gemeinde auf Fahrradtourismus setzen und uns für die Errichtung eines Ökozentrums einsetzen, dann wäre es naheliegend, das Ziel „pestizidfreie Gemeinde“ so rasch wie möglich zu erreichen.

Ein erster Schritt wäre die Schulung von Mitarbeitern/innen, die zur Zeit mit der Grünraumpflege betraut sind. Hier bietet sich der Lehrgang „Zertifizierte/r Grünraumpfleger/in“ an.

In diesem Lehrgang wird an 10 Tagen in Theorie und Praxis vermittelt, wie öffentliche Grünräume umweltfreundlich gestaltet und bewirtschaftet werden können. Für Mitarbeiter/innen von Gemeinden belaufen sich die Kosten auf rund € 300,- pro Kursteilnehmer.

Ein zweiter Schritt wäre ein Gemeinderatsbeschluss, in welchem sich die Gemeinde verpflichtet, naturnahe und lebenswerte Grünräume zu schaffen. Über die gestalteten Grünräume hinaus achtet eine „Natur im Garten-Gemeinde“ auch auf Naturräume, erhält ökologisch wertvolle Elemente wie Streuobstwiesen und fördert die Pflanzen- und Tiervielfalt.

Damit schützen wir unter anderem auch unsere Bienen, was wir für besonders wichtig erachten.

Denn: ohne Bienen stirbt der Mensch.

Zusammen mit unserer Zeitung finden Sie die Broschüre „Natur im Garten“ in Ihrem Postkasten. Vielleicht ist die eine oder andere Anregung für Sie dabei und Sie sind demnächst stolze/r Besitzer/in der „Natur im Garten“-Plakette.

Sebastian Kurz.

Grundwerte der Liste Sebastian Kurz.
Die neue Volkspartei.

Menschenbild.

Wir machen unsere Politik auf Basis eines christlich-humanistischen Menschenbildes, das auf Grundlage der Menschenwürde jedem das unaufhebbare Recht auf Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitbestimmung zuspricht. Der Mensch ist für uns vor allem:

Frei: Der Mensch kann seine Entscheidungen selbst treffen und seine Talente frei entfalten.

Verantwortlich: Der Mensch ist sich selbst und seinen Mitmenschen gegenüber für seine Handlungen verantwortlich.

Sozial: Der Mensch lebt in einer Gesellschaft mit vielen Gemeinschaften, die ihm helfen seine Potenziale zu nutzen und glücklich zu werden.

Politik.

Wir glauben fest daran, dass es eine neue politische Kultur in unserem Land braucht – weg von faulen Kompromissen und politischem Tauschhandel, hin zu klaren und mutigen Entscheidungen für unser Land. Diese neue Politik soll sich durch die folgenden Eigenschaften auszeichnen:

Dienend: Wir wollen politischen Stil leben durch den wir die Menschen nicht bevormunden, sondern ihnen dienen.

Sparsam: Wir wollen nicht mehr ausgeben als wir einnehmen und uns bewusst sein, dass die staatlichen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, nur durch den Fleiß der Bürger erwirtschaftet werden.

Mutig: Wir wollen es nicht allen Recht machen, sondern wir wollen das Richtige machen.



Gesellschaft.

Wir wollen eine Gesellschaft, die es dem Einzelnen ermöglicht, ein gelungenes Leben zu führen. Diese Gesellschaft ist für uns:

Solidarisch: Wer sich nicht selbst helfen kann, der bekommt Hilfe.

Durchlässig: Die soziale Herkunft darf nicht die soziale Zukunft bestimmen.

Leistungsorientiert: Man wird für das geschätzt, was man tut und nicht, was man ist.

Staat.

Der Staat ist für uns jene Instanz, die Rahmenbedingungen vorgibt für alle Menschen, die in unserem Heimatland leben. Der Staat soll sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen:

Schlank: Der Staat soll Rahmenbedingungen vorgeben, aber so wenig wie möglich aktiv in das Leben der Menschen steuernd eingreifen.

Stark: Die Regeln, die der Staat aufstellt, soll er auch mit voller Kraft durchsetzen.

Klar: Die Rahmenbedingungen, die ein Staat für das Zusammenleben der Menschen festsetzt, sollen einfach und eindeutig sein.

Quelle: www.sebastian-kurz.at

Sebastian Kurz.

Interview mit Sebastian Kurz aus der Reihe „Klartext mit Sebastian Kurz“.
23.6.2017 in der Koralmhalle in Deutschlandsberg.

Wann haben Sie angefangen, sich politisch zu interessieren und wann sind Sie auch politisch aktiv geworden?

„Ich habe relativ früh begonnen, mich politisch zu interessieren.
Ich habe dann auch versucht, mitmachen zu können.

Das ist nicht gleich so gut gelungen.

Ich habe damals, mit 17, die Idee gehabt, ich engagiere mich politisch, habe die junge ÖVP entdeckt, auf der Homepage, und habe dann dort angerufen, und wollte mitmachen.

Und – ja – der Zuständige in meinem Bezirk, ich wohne in Wien im 12. Bezirk, das ist ein Arbeiterbezirk, da ist die ÖVP nicht sonderlich stark, die Junge ÖVP war's damals auch nicht, heute ist das – Gott sei dank – anders – ja und der Bezirksobmann war damals nicht nur irrsinnig überrascht, als ich ihn angerufen hab, sondern er hat irgendwie auch empfunden, dass das nicht so eine gute Idee ist.

Er hat mir zuerst erklärt, dass ich noch relativ jung bin mit 17, weil alle anderen älter sind.
Dann hat er gemeint, es sind eigentlich auch nicht so viele bei ihm in der Gruppe.

Und als ich immer noch hartnäckig widersprochen hab und mitmachen wollte, hat er dann irgendwann gesagt, sie treffen sich eigentlich auch nie.

Und als ich dann gefragt habe, was ich jetzt mit der Idee machen soll, da mitzumachen, hat er kurz innegehalten und dann sehr weise gemeint: „Naja, das G'scheiteste ist, Du lasst Dir noch ein paar Jahre Zeit, bis Du studierst, und dann rufst halt noch einmal an.“

Ich hab damals die Idee, mich zu engagieren, schlagartig wieder verworfen und bin dann eigentlich erst durch Zufall ein Jahr später dann wieder auf die Junge ÖVP getroffen, und dann hat es super funktioniert und ich hab mich seither engagiert und fühle mich auch sehr wohl.

Aber ich bin natürlich dadurch geprägt worden, und darum ist es mir auch so wichtig, dass bei unserer politischen Bewegung einfach jeder, der unser Wertefundament teilt, die Möglichkeit haben soll mitzumachen.

Politik ist kein Privileg einer Elite. Politik ist auch nichts, was im kleinen Kreis stattfinden sollte.

Sondern jeder, der unsere Grundwerte teilt, ist willkommen, und auf den freuen wir uns.“

„Ich bin dabei“ lautet das Motto der Unterstützer von Sebastian Kurz .

Möchtest Du / möchten Sie auch dabei sein?

Sebastian Kurz unterstützen? In der Volkspartei Hohenau mitgestalten?
In der Jungen VP Hohenau (14-35 Jahre) zukunftssträchtig mitwirken?

Unser Gemeindeparteiobmann Ing. Herbert Bartosch freut sich auf eine Nachricht von Dir/Ihnen via Telephon, E-Mail oder über unsere Homepage.
0664-140 85 49 / herbert.bartosch@vp-hohenau.at / www.vp-hohenau.at

Sebastian Kurz. Der Weg bisher.

2009 - 2017
Bundesobmann der Jungen ÖVP

Im Juni 2009 wurde Sebastian Kurz zum Bundesobmann der Jungen ÖVP gewählt. Diese Funktion gab er im Mai 2017 an Stefan Schnöll weiter.

2011 - 2011
Angelobung zum Staatssekretär für Integration

Im April 2011 wurde Sebastian Kurz vom damaligen Vizekanzler Michael Spindelegger zum Staatssekretär für Integration ernannt. Die ersten Monate waren alles andere als leicht für Sebastian Kurz und sein Team: Es gab heftigen – vor allem medialen Gegenwind, hämische Bemerkungen über sein junges Anliegen und auch Unverständnis für die Einführung des Staatssekretariats an sich. Sebastian Kurz ließ sich aber nicht beirren und konnte nach einigen Monaten harter Arbeit schon viele der Kritiker überzeugen.

2011 - 2013
Staatssekretär für Integration

Nach und nach wurde beim Thema Integration ein sachlicher Zugang etabliert und mit dem Leitspruch „Integration durch Leistung“ ein Weg zwischen linker Träumerei und rechter Hetze gefunden. Darüber hinaus konnten im Staatssekretariat für Integration wesentliche Verbesserungen im Integrationsbereich erzielt werden und wichtige Maßnahmen umgesetzt werden: von der Schaffung bundesweiter Integrationsstrukturen, über die Aufhebung des Migrantenverbots bei der Feuerwehr, der Gründung des Projektes „Zusammen:Österreich“ bis hin zur Versachlichung der Debatte mit dem jährlich erscheinendem Integrationsbericht konnte Sebastian Kurz wesentliche Verbesserung im Integrationsbereich erzielen.

Ab November 2010 war er Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat, bis er im April 2011 zum Staatssekretär für Integration ernannt wurde. Der von ihm geprägte Leitsatz „Integration durch Leistung“ und das dahinterstehende Prinzip von „Fördern und Fordern“ haben die Integrationspolitik in Österreich nachhaltig verändert.

2013 - heute
Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres

Gemeinsam mit seinem Team vertritt er als Außen- und Integrationsminister seit Dezember 2013 die Interessen Österreichs in Europa und der Welt. Die größten Erfolge sind die Umsetzung des Integrationsgesetzes, das Islamgesetz, sowie die Schließung der Westbalkanroute während der Migrationskrise im Frühjahr 2016. Gleichzeitig holt er große internationale Konferenzen – wie die Syriengespräche oder die Iran-Atomverhandlungen nach Österreich. Auch im Ministerium setzt er eine Strukturreform um und öffnet das Haus für alle Interessierten.

2015 - heute
Vorsitz der Politischen Akademie

Mit 1. September 2015 wurde Sebastian Kurz ehrenamtlicher Vorsitzender der Politischen Akademie der ÖVP. Gemeinsam mit dem Vorstandsteam Harald Mahrer, Elli Köstinger & Bettie Rausch gestaltet er die Nachwuchsarbeit moderner, macht die Akademie zum Ort des Austausches und der Fortbildung & zum Think Tank für Zukunftsfragen. Innovationsberichte wurden bereits zu den Themen der Digitalisierung und zum Sozialstaat veröffentlicht.

2017 - heute
Bundesparteiohmann der Volkspartei

Sebastian Kurz wurde am 31. Juni 2017 mit 98,7% zum Bundesparteiohmann der Volkspartei gewählt. Gemeinsam wurde eine breite Bewegung gestartet, die auf bewährte Kräfte aus der Volkspartei setzt, aber gleichzeitig neue Leute an Bord holt. Diese Bewegung zieht in die nächste Wahl als **"Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei"**.

1.150 Polizei-Neuaufnahmen in NÖ

Ein neuer Sicherheitspakt wurde geschnürt und unterzeichnet.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Innenminister Wolfgang Sobotka haben für Niederösterreich einen Sicherheitspakt ausverhandelt.

Dieser umfasst unter anderem die **Schaffung von insgesamt 700 zusätzlichen Dienstposten bis zum Jahr 2020** und die **volle Nachbesetzung von 450 Stellen**, die durch Pensionierungen „frei werden“.

Darüber hinaus sind Investitionen in Bauvorhaben, Ausrüstung und Einsatzmittel vorgesehen.

In Wiener Neustadt wird eine Flugeinsatzstelle am Gelände der Cobra errichtet, auf dem 8 Hubschrauber positioniert und 45 Arbeitsplätze angesiedelt werden.

Auch werden in den nächsten Jahren weitere 200 Arbeitsplätze aus dem BMI von Wien nach Niederösterreich „übersiedelt“.

Mit diesem Sicherheitspakt soll unseren Polizistinnen und Polizisten im Land geholfen werden, aktuelle Bedrohungen und neue Herausforderungen im Sinne der Niederösterreicher/innen zu meistern.

7 Millionen Euro für die Feuerwehr.



Viele Menschen engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich für die Freiwillige Feuerwehr. Diese Menschen und die Freiwilligen Feuerwehren sind ein wichtiger Faktor für unsere Sicherheit.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf möchten die Freiwilligen Feuerwehren unterstützen und **fördern den Ankauf von Einsatzfahrzeugen mit 4 Mio €**. Diese Förderung erfolgt derart, als das Land NÖ ab sofort die Mehrwertsteuer für die gesetzlich vorgeschriebenen Feuerwehr-Einsatzfahrzeuge übernimmt.

Auch der Schutz der Gesundheit der Feuerwehrleute wird mit 3 Mio € unterstützt. Denn: unsere engagierten Feuerwehrleute setzen sich bei ihren Einsätzen oft großen Gefahren, unter anderem auch Infektionen, aus.

Daher erhalten sie jetzt auf Initiative von Innenminister Wolfgang Sobotka die Schutzimpfungen gegen Hepatitis A und B kostenlos.

Wussten Sie, dass ...

... es rund 1.700 Freiwillige Feuerwehren in Niederösterreich gibt?

... Niederösterreich fast über 98.000 ehrenamtliche Feuerwehr-Mitglieder hat?

... es mittlerweile über 6.800 Frauen bei der Freiwilligen Feuerwehr gibt?

... im Jahr 2016 knapp 60.000 Einsätze bewältigt wurden?

... die ehrenamtlichen Helfer dem Steuerzahler jährlich 158 Millionen Euro ersparen?